

## Michael Weiss: Der neue Vizepräsident stellt sich vor



Geschätzte LVB-Mitglieder,  
liebe Kolleginnen und Kollegen

Obwohl es höchstens 10 Jahre her ist, kann ich heute nicht mehr sagen, wie ich auf den LVB aufmerksam geworden und wann genau ich ihm beigetreten bin. Sicher ist mir die Entscheidung für oder gegen den LVB nicht schwer gefallen. Der LVB ist der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland, ich bin Lehrer in diesem Kanton – was gibt es da noch zu überlegen?

Ich würde mir auch heute die Entscheidung nicht schwerer machen. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Schulstufen, bei aller Individualität, die uns Lehrpersonen eigen ist, und bei all den Differenzen, die wir auch untereinander in unseren Ansichten darüber haben, was guter Unterricht und ein gutes Schulsystem ist: Wir sollten uns darauf besinnen, dass uns unser gemeinsamer Beruf eint, und dass wir nur dann stark sind, wenn wir uns in einem gemeinsamen Berufsverband organisieren.

Als Mitglied der neuen LVB-Geschäftsleitung sehe ich mich hier in einer grossen Verantwortung: Nur wenn es uns gelingt, Ihre unterschiedlichen Auffassungen und Bedürfnisse ernst zu nehmen, zwischen Ihnen zu vermit-

eln und dabei die Positionen, die wir nach aussen tragen, auszuloten und zu begründen, können wir dem Anspruch gerecht werden, der Berufsverband aller Baselbieter Lehrpersonen zu sein.

Für das **Ressort Berufspolitik**, das ich in der Geschäftsleitung übernehme, gilt das ganz besonders. Es ist mir daher ein Anliegen, dass wir Ihre Meinungen, Wünsche und Probleme besser kennenlernen. Dazu brauchen wir neue Kommunikationsformen. Die neuen Online-Umfragen (siehe Artikel in diesem Heft) sind eine davon. Ich wünsche mir, dass weitere folgen, auch solche, in denen Minderheitsmeinungen zum Tragen kommen und neue Themen angesprochen werden können.

Das Gymnasium, das ich aufgrund meiner Herkunft in der GL-LVB vertreten werde, steht derzeit trotz der Verlängerung um ein halbes Jahr weniger im Umbruch als die übrigen Schulstufen. Wie gut es auch in Zukunft seine wichtige Aufgabe erfüllen kann, die Hochschulreife seiner Absolventinnen und Absolventen zu erreichen und damit den Bedarf an hoch qualifiziertem Nachwuchs in der Schweiz zu decken, hängt jedoch auch von den Entwicklungen an der Volksschule ab. Die geplante Gleichschaltung der Stundenpläne auf den Niveaus A, E und P der Sekundarstufe I macht Kompromisse nötig, die besonders für die Niveaus A und P unbefriedigend sind. Sie könnten dazu führen, dass das Gymnasium auch mit einem halben Jahr mehr Unterricht am Schluss seine Aufgabe weniger gut erfüllen wird als heute.

Als Gymnasiallehrer bin ich von den gesellschaftlichen und sozialen Problemen, welche das Unterrichten auf anderen Stufen so massiv erschweren, in geringerem Ausmass betroffen. Un-

bekannt sind sie mir dennoch nicht, zudem weiss meine Frau von ihrer Arbeit als Primarlehrerin in Kleinbasel so einiges zu erzählen. Im Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern anderer Stufen stelle ich aber auch fest, dass viele Probleme über die Schulstufen hinweg ziemlich ähnlich sind: Die Verpflichtungen über das Kerngeschäft hinaus nehmen Jahr für Jahr zu, das Unterrichten wird durch die sinkenden Verfallszeiten von Lehrplan- und Lehrmittelwechsel immer aufwändiger, die Konvente und Arbeitsgruppen investieren viel Zeit in die Ausarbeitung von Reglementen, Schul- und Qualitätsentwicklungsprogrammen, um dann im letzten Moment von ihren Schulleitungen abgesägt zu werden. Als ich 2005 das Amt des Konventspräsidenten an meiner Schule übernahm, tat ich es mit der Hoffnung, die Schulentwicklung auf demokratischem Weg vorantreiben zu können. Dass es an Basellandschaftlichen Schulen zwar vorgesehen ist, in Konventen und Arbeitsgruppen Demokratie zu spielen, nicht aber, sie zu leben, ist mir bald bewusst geworden. Das entwürdigende, pseudodemokratische Schauspiel, das an manchen Schulen abläuft, und dessen Absurdität mit dem neuen Bildungsgesetz noch verschärft wurde, hat nur die Gräben zwischen Schulleitungen und Kollegien vertieft und hierarchische Autorität über Konsens gestellt. Eine meiner grundlegenden Überzeugungen, die mich als Mitglied der LVB-Geschäftsleitung leiten werden, ist denn auch, dass die Leitung und Entwicklung der Schulen grundlegend demokratisiert werden muss, wenn Schulentwicklung nicht nur auf dem Papier stattfinden soll.

Durch meine drei Kinder – das jüngste tritt im Sommer in die Primarschule ein, das älteste verlässt sie – sehe ich die Schule auch aus der Elternperspektive. Es beeindruckt mich bei jedem

Elterngespräch, wie genau unsere Primarlehrerinnen und Kindergärtnerinnen meine Kinder kennen und einschätzen können. Die Tendenzen weg von der Klassenlehrperson hin zu einem Fachlehrpersonensystem, die mit der Verlängerung der Primarschule und der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts zu befürchten sind, halte ich für bedenklich. Als Gymnasiallehrer bin ich natürlich auch immer wieder Klassenlehrer, sehe aber die Schülerinnen und Schüler meiner Klasse nicht häufiger als die 80 anderen, die ich auch noch unterrichte. Ich kenne sie daher auch viel weniger gut, als wenn ich tagtäglich mehrere Stunden mit ihnen arbeiten würde, und kann mich nicht gleich gut für sie einsetzen, wie es die Lehrkräfte meiner eigenen Kinder heute noch können. Auch wenn wir auf Fachlehrkräfte auf der Primarschule nicht verzichten können und wollen, ginge meines Erachtens der Primarschule eine wichtige Qualität verloren, wenn die heutigen Klassenlehrkräfte, die im Wesentlichen *eine* Klasse unterrichten, verschwinden würden.

Während ich ein Zugehen der GL-LVB auf Sie als Mitglieder für unverzichtbar halte, sehe ich für Veränderungen in der Arbeit mit der BKSD und der FKD derzeit keinen Anlass. Solange auf dem Buckel der Kantonsangestellten Wählerstimmen mit Steuersenkungen gekauft werden, müssen wir weiterhin auf jedem Franken insistieren und die nicht ausbezahlte Teuerung abermals und abermals aufrechnen. Solange sich die Beteuerungen des Kantons, ein besserer Arbeitgeber zu werden, als Mogelpackungen erweisen, müssen wir misstrauisch und wachsam bleiben. Solange die Anhörungspflicht der Verbände als lästiges Übel mehr schlecht als recht wahrgenommen wird und allzu oft nichts als ein «schön, dass wir darüber geredet haben» hervorbringt, müssen wir per-

manenten und auch öffentlichen Druck erzeugen.

Druck erzeugen: Dazu brauchen wir *Sie*, geschätzte Mitglieder. Ein voller Saal bei einer Mitgliederversammlung, ein gefüllter Platz bei einer Protestkundgebung: Sie verfehlen auch heute noch ihre Wirkung nicht, und sie zahlen sich aus: Ein einziger zusätzlich gewährter Teuerungsausgleich kompensiert weit mehr als den LVB-Mitgliederbeitrag. Jede verhinderte Erhöhung der Pflichtstundenzahl macht die Zeitinvestition in jährlich zwei Mitgliederversammlungen mehr als wett. Darum bitte ich Sie: Engagieren Sie sich, auch kontrovers, mit uns im LVB, überzeugen Sie auch Ihre Kolleginnen und Kollegen vom Nutzen eines starken Verbands und helfen Sie mit, dass sich auch in Zukunft fähige und ambitionierte Menschen für den Lehrerberuf entscheiden!

